

***„Die Zukunft der Stadt
beginnt jeden Tag neu!“***

Haushaltsrede der SPD-Gemeinderatsfraktion
von Stadträtin Sibel Uysal

am 20. Oktober 2020

Inhaltsverzeichnis

<u>EINLEITUNG</u>	<u>3</u>
<u>BILDUNG</u>	<u>4</u>
<u>WIRTSCHAFT</u>	<u>5</u>
<u>MOBILITÄT</u>	<u>6</u>
<u>SOZIALES</u>	<u>7</u>
<u>GESUNDHEIT UND KLINIKUM</u>	<u>8</u>
<u>WOHNEN</u>	<u>9</u>
<u>KLIMA</u>	<u>9</u>
<u>KULTUR</u>	<u>10</u>
<u>BÄDER UND SPORT</u>	<u>11</u>
<u>FAZIT UND DANK</u>	<u>11</u>

EINLEITUNG

Ich möchte meine Haushaltsrede unter das Motto stellen: „Die Zukunft der Stadt beginnt jeden Tag neu!“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
werte Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Pressevertreterinnen und Pressevertreter,

und plötzlich ist alles anders!

Corona hat die Koordinaten verschoben. Haushaltsplanung in Zeiten der Pandemie ist eine schwierige Aufgabe.

Unsere Gesellschaft hat in dieser existentiellen Krise überraschend anpassungsfähig reagiert. Seien wir froh, wie gut unsere politischen Institutionen und Verwaltungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene funktionieren. Hoffentlich bleibt das so angesichts der aktuellen Entwicklung.

Die Stadtverwaltung und Ortsverwaltungen haben die Bewährungsprobe durch die Corona-Krise bisher sehr gut bewältigt. Sie handelten rasch und entschlossen und stellten auf den Krisenmodus um. Corona ist für uns alle ein neues Lernfeld, aber auch ein Stresstest, den wir nur gemeinsam bestehen werden.

Unser aufrichtiger Dank und unsere Unterstützung gilt allen Ärztinnen und Ärzten, Pflegerinnen und Pflegern, allen sogenannten systemrelevanten Berufen, die dieser Tage überall, auch in unserer Stadt, Übermenschliches geleistet haben und leisten. Wir danken den vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, allen Ehrenamtlichen, die in den vergangenen Monaten wichtige Versorgungsleistungen im Interesse aller Menschen aufrechterhalten haben.

Infolge der wirtschaftlichen Konsequenzen der Corona-Krise war auch für den Haushalt als unserem kommunalen Regierungsprogramm eine völlige Neuorientierung notwendig. Die Rahmenbedingungen für eine Haushaltsaufstellung haben sich stark verändert. Fehlende Einnahmen und höhere Verluste bei unseren Gesellschaften mindern unseren Handlungsspielraum. Bei der Gewerbesteuer, dem kommunalen Anteil an der Einkommenssteuer, aber auch bei anderen Einkommensarten – wie Gebühren – sind starke Rückgänge zu verzeichnen.

Um hier rasch zu reagieren war es sinnvoll, den Doppelhaushalt 2021/2022 aufzugeben und sich zunächst auf den Haushalt 2021 im Sinne eines Not- oder Zwischenhaushalts zu konzentrieren. Zu viele Unsicherheiten hätten einen geplanten Doppelhaushalt zu einem Vabanque-Spiel gemacht. Zwar gibt es inzwischen positive Zeichen: So wollen Bund und Land die Gewerbesteuer-Ausfälle für das Jahr 2020 offenbar voll ausgleichen, aber es bleiben immer noch zu viele Imponderabilien.

Dieser Haushalt muss daher zu einem Strategie-Haushalt werden, zum Einstieg in eine umfängliche Qualitäts- und Strukturdiskussion. Werden in diesem Jahr keine entscheidenden Weichenstellungen für die Zukunft gestellt, leidet langfristig unsere Handlungsfähigkeit.

Deshalb werden wir als SPD-Fraktion Prioritäten setzen und nicht zögern, Weichen neu zu stellen. Wir müssen Schwerpunkte verändern, noch genauer fokussieren,

aber so, dass die Teilhabe der Menschen, die Attraktivität der Stadt und Zukunftsgestaltung weiterhin möglich sind.

Wir sollten nicht gegen Corona, sondern mit Corona planen. Diese Krise wird uns noch lange begleiten. Das kommunale Handeln muss sich den Gegebenheiten anpassen.

„Die Zukunft unserer Stadt beginnt jeden Tag neu!“

BILDUNG

An dieser Stelle möchte ich die Worte unserer Finanzbürgermeisterin aufgreifen: Die Überschrift ihrer Haushaltsrede lautete: „Ohne Prioritätensetzung keine Generationengerechtigkeit“.

Generationengerechtigkeit bedeutet für uns lebenslanges Lernen. Der Schlüssel hierzu beginnt mit zieladäquaten Rahmenbedingungen. Als Schulträger ist es unsere Aufgabe, sie zu schaffen und zu garantieren.

Die coronabedingte Schließung der Schulen hat gezeigt, dass wir sie **krisenfest und zukunftssicher** machen müssen. Sie stehen vor völlig neuen Aufgaben, auf die sie nicht vorbereitet sind.

Ein Schwerpunkt ist die digitale Infrastruktur. Corona fordert Agilität. Die Umsetzung einer passenden, zeitgemäßen Ausstattung muss zügig erfolgen und eine krisenfeste Perspektive für alle Schülerinnen und Schüler eröffnet werden.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mentrup, sehr geehrter Herr Bürgermeister Lenz, dank Ihnen haben wir eine digitale Ausbaustrategie, den Digitalpakt für Karlsruher Schulen, vorangetrieben. Nun müssen wir den Zeit- und Finanzplan an die aktuelle Situation anpassen, um dem Bildungsauftrag gerecht zu werden.

Die Digitalisierung haben wir alle in den letzten Jahren verschlafen. Die Netzanbindung der Schulen im Ländle ist schlechter als in den meisten anderen Bundesländern. Baden-Württemberg belegt den vorletzten Platz bei einer Umfrage zum Internet-Anschluss. Ausbaden müssen das die Schülerinnen und Schüler.

Werte Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

die gegenwärtige Krise wird zu gravierenden Folgen im Bildungsfortschritt und in der sozialen Entwicklung der Kinder und Jugendlichen führen, wenn wir jetzt nicht gegensteuern. Wir müssen unsere Schülerinnen und Schüler auf einen gemeinsamen Lernstand bringen und die Schulsozialarbeit, dort wo Aufstockungsbedarf besteht, nachjustieren.

Schulen sind nicht nur Wissensvermittlungsräume, sondern auch Begegnungsräume. Es ist daher höchste Zeit, in die Räumlichkeiten der Schulen zeitgemäß zu investieren und den Sanierungsstau abzubauen.

Die aktuelle Sporthallensituation in Karlsruhe ist angespannt. Umso mehr freuen wir uns auf die baldige Fertigstellung der Sporthalle an der Elisabeth-Selbert-Schule. Dadurch werden einige Kapazitäten geschaffen, aber sie sind bei weitem nicht ausreichend. Schließung von Sporthallen aufgrund dringender Sanierung hat die Konsequenz, dass die Schulklassen mit Bussen und Bahnen in die Nachbarschaftssporthallen fahren müssen. Das wird dem Bildungsplan nicht gerecht, ist alles andere als umweltfreundlich und zeit- und kostenintensiv. Deshalb beantragen wir, 30 Mio. für die Sporthalle „Zentrum Südwest“ einzustellen.

Eine Abschaffung der Gebühren ist ein wichtiges Signal als Anreiz für Fachschülerinnen und Fachschüler. Dieses Anliegen hat die SPD-Fraktion bereits im Gemeinderat eingebracht, worauf ich heute Bezug nehme. Wir werden die vollumfängliche Abschaffung der Schulgelder für Fachschulen in diesem Haushalt beantragen! Der Stuttgarter Gemeinderat hat es verstanden und die Gebühren in Stuttgart abgeschafft. Wenn uns jetzt Fachschülerinnen und Fachschüler abwandern nach Rheinland-Pfalz oder nach Stuttgart aufgrund des Schulgeldes, geht es zu Lasten des Standorts Karlsruhe.

Investitionen in die Fachschulen sind somit unmittelbare Zukunftsinvestitionen für den lokalen Wirtschafts-, Arbeits- und Ausbildungsmarkt. **Das bezeichnen wir als wahre Wirtschaftsförderung vor Ort.**

Karlsruhe muss für das Weiterbestehen der Fachschulen mit der **Gebührenabschaffung** ein klares Signal setzen.

WIRTSCHAFT

Werte Kolleginnen und Kollegen,
meine verehrten Damen und Herren,

die Pandemie hat eine erhebliche Auswirkung auf die Wirtschaftssituation in Karlsruhe. Kleine und mittelständische Betriebe sowie Selbstständige wurden besonders hart getroffen. Sie verfügen in der Regel über wenig Rücklagen und nur eingeschränkten Zugang zu Krediten.

Es ist daher an uns als Vertreter der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, in dieser Krise besonnen, mit Augenmaß und Gestaltungskraft darauf zu reagieren.

Im Falle der ökonomischen Auswirkungen ist es geboten, die wegbrechende Nachfrageseite in der Wirtschaft durch Ausgaben des Staates zu kompensieren oder sogar zu stimulieren. **Wir sollten hier ebenso wie das Land und der Bund investieren und nicht am falschen Ende sparen!**

Die Stadt Karlsruhe kann sich glücklich schätzen, dass sie eine exzellente, zukunftsfeste Branchenstruktur hat. Vor allem sind wir stolz auf unsere vielfältige Hochschul- und Forschungslandschaft.

Wir haben in den guten Jahren unser Haushaltsdefizit signifikant reduziert und können nun zur Überwindung der Krise auch Schulden in Kauf nehmen. Wenn wir jetzt investieren, besteht die Chance, dass wir in wenigen Jahren wieder eine gute Einnahmesituation in Karlsruhe haben werden.

Unsere Betriebe, Hotels, Gaststätten und ähnliche Einrichtungen sind angeschlagen und teilweise existenzgefährdet. Hier ist eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung wichtig, die ihre Ermessensspielräume, z.B. bei Genehmigungen, im Interesse der Betroffenen nutzt. Bei der Stundung von Gebühren und ähnlichen Zahlungsverpflichtungen hat die Verwaltung bereits vorbildlich gehandelt. Daher wollen wir alle politischen Maßnahmen unterstützen, die der Handlungsfähigkeit unserer Wirtschaft und dem Erhalt der Arbeitsplätze dienen.

Wir fordern die Verwaltung auf, Einsparpotenziale in mittelständischen Unternehmen zu identifizieren und Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz vorzuschlagen. Es soll ein entsprechendes Konzept erstellt werden, wie der Energieverbrauch beim Mittelstand reduziert werden kann.

MOBILITÄT

Wir brauchen eine neue Verkehrspolitik, die die Klimaziele in den Vordergrund stellt und sozial gerecht und wirtschaftlich ist. Menschen und Unternehmen sind auf leistungsfähige Verkehrswege angewiesen, die attraktive Mobilitätsangebote ermöglichen. Auch diese Aufgaben stellen sich unserer Stadt jeden Tag neu!

Wir fordern eine verlässliche und bürgernahe Mobilität! Klimaziele erreichen heißt: die Aufenthaltsqualität in unseren Städten verbessern.

Wir müssen den Mut haben, weiterhin in den Ausbau zu investieren, um die Zahl der Autos auf den Straßen zu verringern. Aber eines ist klar: Wir dürfen nicht die einzelnen Mobilitätsmöglichkeiten gegeneinander ausspielen.

Es muss Ziel der Verkehrspolitik sein, dass Menschen und Unternehmen bei der Verkehrsmittelwahl flächendeckend Alternativen zum motorisierten Individualverkehr haben. In Innenstädten muss der ÖV attraktiver sein als die Nutzung des Pkw; in Stadtregionen muss der ÖV konkurrenzfähig und bezahlbar sein und in ländlichen Räumen eine ausreichende Mobilität sichergestellt werden.

Die Nahmobilität soll überall zu Fuß und mit dem Rad auf geeigneten Verkehrswegen sicher und attraktiv möglich sein.

Wir sind in aller Deutlichkeit für eine schlüssige und zukunftstaugliche Gesamtstrategie für den ÖPNV.

Die Möglichkeit, verbilligte oder kostenfreie Nahverkehrstickets anzubieten, wird aktuell breit diskutiert. Dass wir über die Gestaltung der Tarifstruktur im Allgemeinen diskutieren müssen, ist unumgänglich. Um dauerhaften Fahrgastzuwachs oder Neukundeneffekte zu erzielen, müssen wir ein Gesamtkonzept für unsere

Bürgerinnen und Bürger verabschieden, das Stichworte wie Infrastruktur, Teilhabe, Verlässlichkeit und Sicherheit beinhaltet. Die geplante Home-Zone mit attraktiven Preisen des KVV ist ein guter nächster Schritt für die Gesamtkonzeption.

Als SPD-Fraktion werden wir einen Antrag stellen, bei dem alle Kinder und Jugendlichen unter 25 Jahren, die den Karlsruher Kinderpass oder Karlsruher Pass in Anspruch nehmen, den öffentlichen Nahverkehr kostenlos nutzen dürfen. **Die Bildungsmobilität ist eine wesentliche Determinante in der Diskussion um soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit.**

Die Aufstockung der KVV Nextbike-Flotte um 300 Räder wurde zunächst unter dem ausdrücklichen Finanzierungsvorbehalt für den Haushalt 2021 beschlossen. Leider wurde die Aufstockung der Räder jetzt wieder gestrichen. Für die weitere Entwicklung dieses erfolgreichen Systems ist das sehr bedauerlich. Andere Städte haben auf dem Höhepunkt der Krise eine Aufstockung von Nextbike-Flotten vorgenommen. Dieses Anliegen werden wir im Haushalt vehement unterstützen, um unserem Ruf als fahrradfreundliche Stadt weiterhin gerecht zu werden.

Zur Steigerung der Kapazitäten des ÖPNV gehört die Optimierung von bestehenden Bahnstrecken und die Einführung neuer Anbindungen und Streckenabschnitten. Vor diesem Hintergrund ist die aktuelle Diskussion um den Ausbau der Bahnstrecke zwischen Karlsruhe-Mannheim für uns nicht nur ein Anlass, sich für den Schutz von Stadtteilen und Anwohnern gegenüber Lärm einzusetzen, sondern ausdrücklich eine Chance, um bei intelligenter Trassenführung das Netzangebot des KVV, des Karlsruher Modells, zu stärken.

SOZIALES

Trotz eines Konsolidierungsbedarfes ist es uns wichtig, ein soziales Augenmaß zu wahren. Die Krise hat uns bewusst gemacht, was Solidarität bedeutet. Ein positiver Effekt ist eine stärkere Gemeinwohlorientierung aller Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt, deren soziale Zukunft jeden Tag neu angegangen werden muss, getreu meinem Motto für diese Haushaltsrede.

Die Sozialausgaben der Kommunen steigen ungebremst. Dies ist keine neue Erkenntnis, aber sie gewinnt Jahr für Jahr an Relevanz. Denn die Folgen sind erheblich und gefährden mehr und mehr nicht allein die Funktionsfähigkeit der Gemeinden und Kreise, sondern auch die Lebenschancen der Menschen.

Die Kommunen sind die Seismographen des Sozialstaats. Die großen gesellschaftlichen Trends werden zuallererst in den Kommunen spürbar: Veränderte Familienstrukturen, Migration, Inklusion sowie nicht zuletzt die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft verlangen nach Antworten auf kommunaler Ebene. Diese Antworten heißen – zum Beispiel: Ausbau der Kinderbetreuungsplätze, Entwicklung altersgerechter Wohnquartiere, Schaffung eines barrierefreien Umfelds sowie Umsetzung erfolgreicher Integrationskonzepte.

Eine der größten Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft ist die **zuverlässige Kinderbetreuung**. Unser erklärtes Ziel ist weiterhin **eine gebührenfreie**

Kindertagesbetreuung. Auf dem Weg dorthin müssen wir eine Erhöhung der Gebühren abwenden. Dies erreichen wir durch eine Steigerung des Erstkinderzuschusses, die wir im Haushalt beantragen werden. Vor allem müssen wir an dieser Stelle glaubwürdig sein; wir haben mit einer großen interfraktionellen Mehrheit versichert, dass die Beiträge nicht weiter steigen, sondern sinken. Diesen Worten müssen wir auch in diesem Haushalt Taten folgen lassen.

Wir begegnen der älter werdenden Gesellschaft durch aktives Handeln. Dazu gehören aus sozialdemokratischer Sicht beispielsweise die Initiierung des Projekts innovative Pflege genauso wie die leider noch notwendige kommunale Kofinanzierung der Kurzzeitpflege, für die wir wieder Mittel im Haushalt beantragen werden. Dass dem Quartier eine immer größere Rolle zuteil wird, begrüßen wir ausdrücklich.

Als nach wie vor wichtigste Instrumente der **Karlsruher Armutsbekämpfung** sehen wir den Karlsruher Pass und Kinderpass an. Sie ermöglichen finanziell schwächer gestellten Menschen Teilhabe und sind daher unerlässlich für die soziale Stadt. Mit starken Partnern wie dem Stadtjugendausschuss werden wir weiter daran arbeiten, Armut in dieser Stadt gezielt zu bekämpfen.

Junge geflüchtete Menschen wollen Leistungen erbringen. Wir sollten das zulassen und fördern und sie mit Perspektiven versehen. Unseren Willen zu einer aktiven Integrationspolitik unterstreichen wir mit dem vorliegenden Haushalt deutlich. Beispielhaft seien die Projekte „Perspektive Now!“ und „SCHEFF“ genannt, die einen wertvollen Beitrag zur gesellschaftlichen Teilhabe durch Bildung leisten.

Noch nicht am Ziel sehen wir uns bei der Umsetzung der Istanbuler Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Hier werden wir nicht zuletzt in diesem Haushalt aktiv werden müssen, um dem Rechtsanspruch und damit einer klaren Verpflichtung der Kommune zu entsprechen.

GESUNDHEIT UND KLINIKUM

Unser Ziel muss eine flächendeckende, bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige gesundheitliche und medizinische Versorgung in Karlsruhe sein. Auch davon hängt die Zukunft unserer Stadt ab.

Wir freuen uns über den Baufortschritt bei den Neubauten des städtischen Klinikums und die gleichzeitige Altbaurenovierung. Beides muss in den nächsten Jahren zum erfolgreichen Abschluss gebracht werden, damit das Klinikum für die medizinischen Aufgaben der Zukunft gerüstet ist. Dringend handeln müssen wir bei der Sicherung des Personalbedarfs. Mehr Personal in der Pflege gewinnen wir, indem wir die generalistische Pflegeausbildung stärken. Um der Arbeitsverdichtung im pflegerischen und ärztlichen Bereich entgegenzutreten, bedarf es auf der Grundlage einer attraktiven Arbeitsplatzgestaltung und flexibler Arbeitszeitmodelle weiterer Maßnahmen zur Personalgewinnung in allen Bereichen des Klinikums. Deshalb begrüßen wir den Aufbau und die Arbeit des Pflegebündnisses der Technologieregion Karlsruhe.

Wir stehen als Fraktion ohne jeden Vorbehalt hinter unserem Klinikum. In der aktuellen Situation erkennen wir einmal mehr, wie wichtig es ist, dass sich das Klinikum in kommunaler Hand befindet.

WOHNEN

Eine weitere sozialdemokratische Herzensangelegenheit ist die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum. Wir werden den Wohnungsbau nicht dem Markt überlassen dürfen.

Die Andeutung unserer Finanzbürgermeisterin, die Volkswohnung könne einen angemessenen Gewinnanteil an die Stadt abführen, lehnen wir grundsätzlich ab. Die Volkswohnung leistet einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung und Werterhaltung der Quartiere und wirkt dem Wohnraummangel in unserer Fächerstadt intensiv entgegen. Eine Abführung der Gewinnausschüttung an die Stadt würde den Handlungsspielraum und den Kurs der Volkswohnung massiv beeinträchtigen.

Die Gewährleistung eines zügigen, transparenten und verlässlichen Baugenehmigungsverfahrens sollte unser Serviceanspruch sein. Das zuständige Dezernat möge eine entsprechende Strategie vorlegen. Sollte dies nur mit Stellenerhöhungen im Bauordnungs- und Stadtplanungsamt zu bewerkstelligen sein, werden wir diesen Weg mitgehen.

Der Grundsatz: Mut zu neuen Wohnprojekten ist von großer Bedeutung, Mut neue Baugebiete auszuweisen, Mut alternative Wohnungslandschaften zuzulassen, Mut seniorengerechtes Wohnen zu realisieren und Baugruppen zu unterstützen.

Zur Ordnung und zur Steuerung des Boden- und Wohnungsmarktes sowie zur Erleichterung einer Bodenvorratspolitik setzt sich die SPD für die **Einräumung eines allgemeinen Vorkaufsrechts durch die Stadt** an bebauten und unbebauten Grundstücken sowie Wohnungen auf dem Gemeindegebiet ein.

Die SPD bekennt sich dazu, dass Karlsruhe die soziale Wohnraumförderung von Bund und Land weiterhin gezielt ergänzt und dafür die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellt.

KLIMA

Im Zuge der Energiewende sind die Anforderungen an unsere Stadt gestiegen. Der Klimawandel wirkt sich im lokalen und regionalen Maßstab gegenwärtig in Form zunehmender Hitze- und Trockenphasen aus. Wir müssen handeln, gegensteuern. **Klimapolitik und sozialer Zusammenhalt müssen zusammengedacht werden.** Die Forderungen von Fridays for Future hat die SPD längst verstanden. Sie müssen in eine neue Dynamik eingebracht werden, d.h. in sofortige Handlungsinitiativen auf allen Ebenen, um eine Klimakatastrophe abzuwenden.

Karlsruhe ist mit seinem Klimaschutzkonzept auf einem guten Weg. Wir wollen sicherstellen, dass der Einsparpfad hin zur Klimaneutralität eingehalten wird. Alle Konzepte müssen sozial verträglich gestaltet werden. **Die Gesellschaft als Ganzes ist gefordert, nicht nur die Jungen.**

Wir wollen unsere Stadt weiterhin lebenswert gestalten, d.h. an unserem energetischen Sanierungsprogramm festhalten. Das gilt auch für den Bausektor, bei dem wir uns mehr Energieeffizienz auf die Fahnen schreiben sollten. Um Sanierungen umsetzen zu können, bedarf es mehr Personalstellen in den entsprechenden Ämtern. Meine Fraktion begrüßt im Haushalt 2021 die Aufstockungen von Stellen, die den Stau der Generalsanierung reduzieren sollen.

Eine weitere bewährte Maßnahme im Sinne des Klimaschutzes, aber auch der attraktiven Arbeitgeberin, ist die Bezuschussung des Jobtickets für städtische Mitarbeiter, die das Nahverkehrssystem preiswert nutzen können. Die Ausweitung der Bezuschussung für Deutsche Bahn-Nutzerinnen und -Nutzer ist von der Verwaltung gewünscht, aber derzeit ausgesetzt. Die SPD-Fraktion wird sich dafür im bevorstehenden Haushalt stark machen.

DIGITALISIERUNG

Ein weiterer Schritt zur attraktiven Arbeitgeberin ist die Digitalisierung von Arbeitsplätzen. Auch sie fordert uns jeden Tag neu heraus.

Digitalisierung bietet Chancen für flexibleres Arbeiten und kann damit insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken. Wir wollen, dass es für alle Beschäftigten der Stadt - mit einem für Homeoffice vereinbarten Stellenprofil - auch die Möglichkeit gibt, mobil zu arbeiten. Vor diesem Hintergrund müssen die technischen Voraussetzungen in allen Dienststellen geprüft und bei Bedarf nachgerüstet werden.

Karlsruhe geht in der Tradition seiner innovativen Stadtgeschichte bei der Digitalisierung voran. Unser Oberbürgermeister ist dafür ein Tempomacher. Es freut uns sehr, dass Karlsruhe im Städtevergleich nun auch offiziell als **Stadt mit der smartesten Verwaltung** gilt. Das neue digitale Bürgerbüro am Marktplatz ist dabei nur ein Beispiel von vielen. Die digitalen Möglichkeiten machen die Stadtverwaltung insgesamt bürgerfreundlicher, gleichzeitig bleibt das bewährte analoge Angebot ohne Qualitätseinbußen erhalten.

KULTUR

Unsere Kultureinrichtungen wurden von der Pandemie hart getroffen. Kultur konnte lange nicht stattfinden! Um wenigstens das Schlimmste abzuwenden, hat unsere Fraktion sehr früh um städtische Hilfen für die betroffenen Institutionen angefragt. Gemeinsam konnten wir dann im Gemeinderat Haushaltsmittel in Höhe von bis zu 2,5 Millionen Euro auf den Weg bringen, so dass coronabedingte finanzielle Einbußen teilweise kompensiert und die Kultureinrichtungen in Karlsruhe erhalten werden können.

Darüber hinaus tun wir uns verständlicherweise schwer – und da sind wir nicht alleine – in diesem Haushalt Zuschusserhöhungen oder neue Projektförderungen für kulturelle Einrichtungen in Erwägung zu ziehen. Wir werden für den Haushalt 2021 keine institutionellen Anträge für Kultureinrichtungen stellen im Gegensatz zum letzten Haushalt.

Wir verweigern uns dabei ausdrücklich nicht, über den ein oder anderen akuten, nicht Corona geschuldeten Notfall zu beraten. So wollen wir beispielsweise Cantus Juvenum unterstützen.

Wenn die Lage sich im Jahr 2021 nicht bessert, müssen weitere Maßnahmen zur Förderung der Kultureinrichtungen eingeleitet werden.

BÄDER UND SPORT

Die Aufrechthaltung des Schwimmbangebots ist ein unverzichtbarer Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge. Schwimmbäder sind eine notwendige, attraktive kommunale Infrastruktur und ermöglichen Schul- und Vereinsschwimmen.

Wir sind stolz auf unsere Bäderlandschaft, die gerade in der Coronazeit die Bevölkerung aufgefangen hat und eine gute Ergänzung für Nichturlauberinnen und Nichturlauber war.

Bäder sind eine der am meisten genutzten kommunalen Einrichtungen. Die Unterhaltung eines Schwimmbades ist in der Regel kostspielig und oft defizitär. Das bedeutet, jeder Schwimmbadbetrieb ist zugleich ein Zuschussbetrieb. Das allein ist aber kein Argument gegen Schwimmbäder, denn sie übernehmen soziale, kommunikative und gesundheitspräventive Aufgaben. **Daher werden wir am Erhalt unserer Bäder festhalten.**

Wir sehen einen dringenden Bedarf in Neureut. So können wir im wachsenden Norden dem Schul- und Vereinsschwimmen gerecht werden; auch würde man neu zugezogenen Familien einen Raum für Erholung und Freizeit schaffen.

Beim Sport- und Freizeitpark „Untere Hub“ beharren wir weiterhin auf zügiger Weiterbehandlung, denn seit Februar 2020 ist die Planung fertig. Hier kommt es nicht nur zu einem Quantensprung für die Durlacher Sportvereine, sondern durch die Umsiedlung werden Flächen für den in Durlach dringend benötigten Wohnraum auf dem ASV/DJK/ TC-Gelände frei.

FAZIT UND DANK

Wir werden uns bei der Haushaltsverabschiedung 2021 an neue Gegebenheiten gewöhnen müssen. Wir leben in einer Zeitenwende.

Die Corona-Krise bietet sich nicht an für politische Grabenkämpfe und Auseinandersetzungen. Wir müssen gemeinsam und solidarisch viele Aufgaben bewältigen.

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen,

es ist wichtig, dass unsere Stadt nicht nur zusammenhält, sondern auch weiter handlungsfähig bleibt. Deswegen ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir unseren Haushalt auf sichere Beine stellen.

Wir stehen vor finanziellen Herausforderungen. Für uns bedeutet vorausschauende Finanzpolitik, in schlechten Zeiten zu investieren und in guten Zeiten Schulden abzubauen.

Sparen um jeden Preis ist nicht die Antwort und schon gar nicht die Lösung, denn falsches Sparen kann sehr teuer werden. Prioritäten, Einsparpotenziale und Notwendigkeiten müssen hinterfragt werden.

Wir können ein starkes Zeichen setzen. Karlsruhe ist stark, Karlsruhe gestaltet die Zukunft, Karlsruhe ist der Ort, wo es sich lohnt zu leben, zu arbeiten und Unternehmen anzusiedeln. Lassen Sie uns zuversichtlich und mutig sein.

Zum Schluss möchte ich im Namen meiner Fraktion einen Dank aussprechen an die Stadtverwaltung, ihre Betriebe und Gesellschaften und vor allem an den Stadtkämmerer und sein Team für die stets kompetente fachliche Unterstützung unserer Stadtratsarbeit und die von gegenseitigem Vertrauen und Respekt geprägte Zusammenarbeit. Ein besonderer Dank gilt unseren engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die durch ihre Anregungen die Arbeit der SPD unterstützen.

Die Anerkennung gilt auch Ihnen, Herr Oberbürgermeister. In den letzten Monaten haben Sie ein äußerst erfolgreiches Krisenmanagement geleitet.

Liebe Frau Erste Bürgermeisterin, Frau Bürgermeisterin und Herren Bürgermeister, wir danken Ihnen für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Helmut Schmidt sagte einmal: „in der Krise zeigt sich der wahre Charakter“.

Lassen Sie uns gemeinsam Charakter zeigen und die Krise gemeinsam bewältigen!

*Denken Sie daran, „**die Zukunft der Stadt beginnt jeden Tag neu!**“*

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und bleiben Sie gesund!

Sibel Uysal